

# Jugendpolitisches Programm



**Barrierefreier Broschüreninhalt:**

[www.sovd.de/jugendpolitisches-programm/](http://www.sovd.de/jugendpolitisches-programm/)

**Jugendpolitisches Programm**

verabschiedet von den Delegierten  
der 16. Bundesverbandstagung  
des Sozialverband Deutschland (SoVD)  
in Berlin  
im Oktober 2007

## Vorwort



**Nico Hamkens**  
Bundesjugendvorsitzender

### **Liebe Freundinnen und Freunde der integ-Jugend,**

die integ-Jugend ist die Jugendorganisation im Sozialverband Deutschland e.V., die es sich zur Aufgabe gemacht hat, junge Menschen mit und ohne Behinderungen egal welcher Herkunft, Religion oder Lebensanschauung zusammen zu bringen, um gemeinsam Freizeit zu gestalten, interessante Seminare anzubieten und sozialpolitische Arbeit zu leisten. Da wir die „Nachwuchsorganisation“ des Sozialverbands Deutschland e.V. (SoVD) sind, gehören automatisch alle SoVD-Mitglieder bis einschließlich 27 Jahren zur integ-Jugend. In vielen Städten, Kreisen und Bundesländern gibt es integ-Clubs bzw. Gruppen, die ihre Arbeit weitestgehend selbstständig organisieren. Dennoch erstellt die integ-Jugend auf der Bundesebene regelmäßig ein Jugendpolitisches Programm, welches als Anregung und Leitfaden zu verstehen ist.

Für die integ-Jugend ist die Integration bzw., wie es heute besser heißen sollte, die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in unserer Arbeit eine Selbstverständlichkeit. Leider ist dieser gleichberechtigte Umgang mit Menschen mit Behinderungen noch nicht in allen Teilen der Gesellschaft angekommen. Unser Ziel ist es von den Sonderwegen in der Schule, Ausbildung und Arbeitswelt wegzukommen und allen Menschen die gleichen Chancen zu gewähren, damit junge Menschen zukünftig gemeinsam Lernen und Arbeiten können. Dabei spielt natürlich auch die Barrierefreiheit eine sehr wichtige Rolle. Auch wenn dies im folgenden Programm nicht ständig wiederholt wird, fordern wir in allen Lebensbereichen die Barrieren für Menschen mit Beeinträchtigungen beim Sehen, Hören und in der Mobilität zu beseitigen. Ebenso darf auch die soziale Herkunft, die häufig auch mit einem Migrationshintergrund verbunden ist, nicht dazu führen, dass jungen Menschen Wege und Möglichkeiten verbaut werden.

Unser Jugendpolitisches Programm befasst sich daher von der Situation der Familien über die Bildung in den Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Ausbildungsstätten bis zur Situation am

Arbeitsplatz. Gerade die immer noch angestrenzte Lage am Arbeits- und Ausbildungsmarkt bereitet uns im Hinblick auf die heutige Jugend und auch für zukünftige Generationen Sorgen. Hier sind alle Kräfte des Landes – also Schulen, Politik und Verwaltung sowie die Wirtschaft – aufgefordert, endlich zu handeln, um der drohenden Armut und der Perspektivlosigkeit vieler junger Menschen entgegenzuwirken. Ferner beschäftigten wir uns auch mit den sozialen Sicherungssystemen, die aus unserer Sicht nicht soweit „reformiert“ werden dürfen, dass die junge Generation nur noch Beiträge einzahlen darf ohne die Gewissheit zu haben auch einmal Anspruch auf Leistungen zu erhalten. Natürlich haben wir auch Aussagen zu einer Fortentwicklung im Bereich der Jugendhilfe getroffen und Forderungen für den Erhalt der Umwelt und für mehr Frieden formuliert. Durch eine gezielte Entwicklungshilfepolitik und den Prozess der europäischen Einigung kann es gelingen, den Frieden in Europa zu erhalten und Armut zu bekämpfen. Dann muss es aus unserer Sicht nur noch gelingen, die Bürgerinnen und Bürger und somit auch Jugendliche in die Entscheidungsprozesse von der kommunalen bis zur europäischen Ebene mit einzubeziehen.

Die Geschichte lehrt uns, dass Armut und Perspektivlosigkeit immer zu Hass und Intoleranz geführt haben. Nur wenn wir es schaffen, eine solidarische Gesellschaft zu erhalten und sie so auszubauen, dass sie den heutigen Bedürfnissen angemessen ist, werden wir es erreichen, dass Menschen mit und ohne Behinderungen egal welcher Herkunft, Religion oder Lebensanschauung im Frieden und im Wohlstand miteinander leben können. Daher gilt es Barrieren und Hindernisse auf diesem Weg in eine solidarische Gesellschaft abzubauen. Daher brauchen wir Ihre bzw. Eure Unterstützung. Werden Sie Mitglied im SoVD. Arbeiten Sie mit in der integ-Jugend im Sozialverband Deutschland e.V..



Nico Hamkens

Bundesjugendvorsitzender

## Inhalt

|                              |          |   |           |
|------------------------------|----------|---|-----------|
| <b>Vorwort</b>               | 1        | <b>3 Schule</b>                                   | <b>8</b>  |
| <b>1 Familie</b>             | <b>5</b> | 3.1 Eine Integrative Schule für alle              | 8         |
| 1.1 Familienhilfe            | 5        | 3.2 Ganztageschulen                               | 8         |
| 1.2 Kinderarmut              | 5        | 3.3 Ausstattung                                   | 8         |
| <b>2 Kindheit</b>            | <b>7</b> | 3.4 Föderale Strukturen                           | 9         |
| 2.1 Frühförderung            | 7        | 3.5 Schulabschluss                                | 9         |
| 2.2 Frühkindliche Prävention | 7        | <b>4 Ausbildung/Studium</b>                       | <b>10</b> |
| 2.3 Gewaltfreie Erziehung    | 7        | 4.1 Regelausbildung                               | 10        |
|                              |          | 4.2 Duales System                                 | 11        |
|                              |          | 4.3 Vernetzung Ausbildungssektor                  | 11        |
|                              |          | 4.4 Universitäten/Hochschulen                     | 11        |
|                              |          | 4.5 Persönliche Assistenz                         | 11        |
|                              |          | <b>5 Arbeit</b>                                   | <b>13</b> |
|                              |          | 5.1 Mindestlohn                                   | 13        |
|                              |          | 5.2 Arbeitsassistenz                              | 13        |
|                              |          | 5.3 Werkstätten für Menschen<br>mit Behinderungen | 13        |
|                              |          | 5.4 Arbeitsmarktreform                            | 14        |
|                              |          | 5.5 Ausgleichsabgabe                              | 14        |

|   |           |                               |    |
|---|-----------|-------------------------------|----|
| <b>6 Soziale Sicherung</b>              | <b>15</b> | <b>Anhang</b>                 |    |
| 6.1 Krankenversicherungssysteme         | 15        | Publikationen                 |    |
| 6.2 Rentenversicherung                  | 16        | des Sozialverband Deutschland | 25 |
| 6.3 Pflegeversicherung                  | 16        | Adressen                      | 27 |
| 6.4 Unfallversicherung                  | 17        | Werden Sie Mitglied!          | 30 |
| <b>7 Jugendhilfe</b>                    | <b>18</b> | Beitrittserklärung            | 31 |
| 7.1 Lokale Vernetzung<br>u. Ausstattung | 18        |                               |    |
| 7.2 Interkulturalität                   | 18        |                               |    |
| 7.3 Freizeit/Reisen                     | 19        |                               |    |
| <b>8 Barrierefreiheit</b>               | <b>20</b> |                               |    |
| 8.1 Verkehr                             | 20        |                               |    |
| 8.2 Medien                              | 20        |                               |    |
| 8.3 Wohnen                              | 21        |                               |    |
| <b>9 Zukunft</b>                        | <b>22</b> |                               |    |
| 9.1 Umwelt                              | 22        |                               |    |
| 9.2 Frieden                             | 22        |                               |    |
| 9.3 Entwicklungshilfe                   | 23        |                               |    |
| 9.4 Europa                              | 23        |                               |    |
| 9.5 Bürgerbeteiligung                   | 24        |                               |    |

## 1. Familie

Das 20. Jahrhundert hat unserer Gesellschaft vieles an Neuerungen verschafft. So gab es neben den politischen Revolutionen auch einschneidende Neuerungen in den Bereichen Gesellschaft und der Entwicklung neuer Lebensformen. Die Familie, wie sie noch vor 50 Jahren existierte, ist im derzeitigen 21. Jahrhundert auch noch existent, doch hat sich das familiäre Spektrum stark erweitert. Je vielfältiger die Gesellschaft ist, desto vielfältiger sind auch die Formen des familiären Zusammenlebens. Wir sehen das Zusammenleben von mindestens zwei Menschen, welche sich gegenseitig auf gemeinsame Verantwortung verständigt haben als Familie an. Dies kann die klassische Familie sein (Vater, Mutter, Kinder) oder eben auch sogenannte Patch-Work-Familien, Ein-Eltern-Familien geschiedener bzw. nie verheirateter Paare, gleichgeschlechtliche Paare. Alternative Lebensformen werden einen großen Teil der Zukunft Deutschlands mitbestimmen.

### 1.1 Familienhilfe

Die integ fordert eine konsequente Vernetzung von Jugendämtern, Kitas, Schulen, Vereinen und Jugendhilfeeinrichtungen. Der Bereich der Familien- und Jugendhilfe erfordert eine angemessene finanzielle, personelle und materielle Ausstattung. Die heutigen Anforderungen und Problemlagen erfordern eine deutliche Aufstockung der zur Verfügung gestellten Mittel.

### 1.2 Kinderarmut

In der reichen Bundesrepublik Deutschland ist jedes siebente Kind von Armut betroffen. Diesem skandalösen Zustand in einem der reichsten Länder der Erde muss Einhalt geboten werden. Die integ-Jugend fordert eine Vielzahl von Maßnahmen gegen Kinderarmut, die sich nicht nur auf materielle Hilfen wie eine Grundsicherung der Kinder beschränken können. Die Grundlagen zur Minderung der Folgen von Kinderarmut werden nicht zuletzt in

der frühzeitigen Förderung und der Ausbildung benachteiligter Kinder gelegt. Wir fordern eine Reduktion der Faktoren von Kinderarmut durch ein Schul-, Sozial- und Erziehungssystem, das auf den Fundamenten der Integrativen Ganztageschule, einem Kita- und Kindergartensystem mit komplexem Versorgungssystem steht. Kostenfreie Schulessen, psychologische- und sozialpädagogische, familientherapeutische und medizinische Betreuung der betroffenen Kinder und Familien müssen obligatorisch für alle Kinder zur Verfügung gestellt werden, um den Auswirkungen von Kinderarmut entgegenwirken zu können.

## 2. Kindheit

Das Erziehungssystem der Bundesrepublik Deutschland ist immer noch stark von traditionellen Rollenvorstellungen geprägt. So ist augenfällig, dass die Betreuung von Kindern unter drei Jahren in Kitas in vielen Regionen der Bundesrepublik noch nicht ausreichend ist. Während in den alten Bundesländern durchschnittlich eine Kitabetreuung von nur 10 Prozent angeboten wird, ist dieser Wert in den neuen Bundesländern im Durchschnitt bei 40 Prozent angesiedelt.

### 2.1 Frühförderung

Kinder aus allen Schichten benötigen bei Bedarf eine früh ansetzende Förderung. Kindertagesstätten für Kinder von 0-3 Jahren mit möglichst universitär ausgebildeten Personal bieten hierfür gute Voraussetzungen. Die Pisa-Jugendstudie 2000 belegt diesen Umstand eindrucksvoll. Laut Pisastudie legen Staaten mit einem qualitativ hochwertigen Bildungssystem hohen Wert auf eine universitär geprägte Ausbildung des Kitaerzieherpersonals. Die Integ fordert einen gesetzlichen Anspruch für Kinder von 0-3 Jahren auf einen Kita-platz und einen Ausbau der zur Verfügung gestellten Plätze.

### 2.2 Frühkindliche Prävention

Eine frühkindliche Prävention über regelmäßige Pflichtuntersuchungen soll durch die staatlichen Erziehungsinstanzen (Kitas usw.) gewährleistet sein. Hierdurch werden bei sprachlichen, körperlichen und kognitiven Rückständen frühzeitig Förderungen initiiert, um eine annähernde oder vollständige Chancengleichheit zu erreichen. Wir fordern eine selbstverständlich kostenfreie Kita.

### 2.3 Gewaltfreie Erziehung

Eine gewaltfreie Erziehung familiär bzw. strukturell muss eine Selbstverständlichkeit in Deutschland sein. Hierfür müssen Familien in Problemlagen familienbegleitende Dienste zur Verfügung gestellt werden.

### **3. Schule**

Das Schulsystem in Deutschland ist streng föderal gegliedert und verfügt über sechzehn weitgehend autonome Schulsysteme, die nach den Ergebnissen diverser Studien mangelhafte Schulleistungsergebnisse erzeugen. Der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und schulischem Erfolg ist in Deutschland stark ausgeprägt. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen erfahren in den deutschen Schulsystemen eine mangelhafte integrative Förderung.

#### **3.1 Eine Integrative Schule für alle**

Wir fordern eine Schule in der alle Kinder bis zur zehnten Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Danach hat eine Aufgliederung der Absolventen in Oberstufe und Berufsausbildung zu erfolgen. Eine schulische Laufbahn in Förderschulen soll nur in gut begründeten Einzelfällen möglich sein. Inklusion muss das oberste Gebot einer Schullaufbahn sein. Dies beinhaltet, dass eine Verlängerung der Schulzeit durch „sitzenbleiben“ ausgeschlossen ist.

#### **3.2 Ganztageschulen**

Obligatorisch fordern wir für alle Schulkinder einen Schulalltag in qualifizierten Ganztageschulen. Hier ist der Rahmen für eine individuelle Förderung im Schulalltag gegeben. Schulleistungs Nachteile können in diesem Rahmen erkannt und ausgeglichen werden.

#### **3.3 Ausstattung**

Die personelle Ausstattung von Schule muss neben dem Lehrpersonal auch die schulärztliche, psychologische und sonderpädagogische Betreuung gewährleisten. Vor Ort muss es zur Vernetzung mit erziehungsrelevanten Einrichtungen, wie den öffentlichen Trägern, Ämtern und Vereinen kommen. Die baulichen Gegebenheiten müssen selbstverständlich barrierefrei gestaltet sein. Schulische Ausstattung und Hilfsmittel haben grundsätzlich kostenfrei zu sein.

### **3.4 Föderale Strukturen**

Der deutsche Bildungsföderalismus ist durch die Föderalismusreform 2006 ausgebaut worden. Den Ländern sind hierdurch noch mehr Bildungskompetenzen zugesprochen worden. Länderübergreifende Reformbemühungen, die zum gesamtstaatlichen Ausbau von integrativen Maßnahmen an deutschen Schulen führen, sind somit unterbunden worden. Vergleichbare Chancengleichheit im schulischen gesamtdeutschen Bereich kann auf dieser Grundlage nicht hergestellt werden. Wir fordern die Rücknahme der Föderalismusreformbeschlüsse auf der Bildungsebene und gesamtdeutsche Bemühungen zu mehr Integration an deutschen Schulen. Die regionalen Bedürfnisse in einem integrativen Schulsystem für alle können trotz allem zur Geltung kommen.

### **3.5 Schulabschluss**

Alle Schüler müssen die Chance bekommen, einen hochwertigen Abschluss zu erreichen. Dies ist vor allem deswegen erstrebenswert, da in Deutschland die Abiturientenraten sehr gering und die Schulabbrecherquoten im internationalen Vergleich sehr hoch sind. Um aber international wettbewerbsfähig zu sein, müssen die Schulabschlüsse in Deutschland ein vergleichbares Niveau erreichen. Die Anstrengungen hierzu gilt es zu forcieren. Die Schulabgängerzahlen, die ohne einen qualifizierenden Abschluss die Schule verlassen, gilt es zu minimieren.

## 4. Ausbildung/Studium

Die derzeitige Ausbildungsplatzsituation auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist prekär. Viele Ausbildungswillige und –suchende finden keine Ausbildungsstelle auf dem Arbeitsmarkt. Sie sind zu einem großen Teil gezwungen einen Beruf bei einem Bildungsinstitut zu erlernen. Lebenswirklichkeit und Arbeitserfahrung auf dem freien Arbeitsmarkt werden hier nicht ausreichend vermittelt. Die Schulabgänger werden hier „geparkt“ und erhalten keine vollwertige Ausbildung nach dem Prinzip des dualen Systems. Junge Menschen mit Behinderungen sind hiervon noch viel stärker betroffen. Für sie ist es so gut wie nicht möglich einen Ausbildungsplatz in der Privatwirtschaft zu bekommen. Auch die öffentlichen Dienste kommen ihrer Verpflichtung nicht nach.

An den Universitäten ist im internationalen Vergleich eine negative Abschlussbilanz zu verzeichnen. Europaweit besitzt Deutschland eine zu geringe Anzahl an hochqualifizierten Hochschulabsolventen. Die Folge hieraus ist eine zu geringe Anzahl an hoch ausgebildeten Fachkräften, die wiederum Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten gewährleisten.

### 4.1 Regelausbildung

Betriebe, die nicht ausbilden, sollen zu einer Ausbildungsplatzabgabe verpflichtet werden. Schon jetzt fehlen dem deutschen Arbeitsmarkt gut ausgebildete Fachkräfte. Ausbildungsbetriebe dürfen nicht durch Abwerbung von nicht ausbildenden Betrieben bestraft werden. Der Ausbildungspakt hatte bisher nicht die zahlenmäßig erwünschte Wirkung. Die Ausbildungsquote muss sich massiv erhöhen. Ausbildung auf dem ersten Arbeitsmarkt besitzt Priorität.

Da auf dem ersten Ausbildungsmarkt erfahrungsgemäß nicht ausreichend Ausbildungsplätze verfügbar sind, müssen überbetriebliche Ausbildungsplätze in qualifizierten Einrichtungen wie Berufsbildungswerken zur Verfügung gestellt werden.

## **4.2 Duales System**

Das duale System zur Ausbildung in Deutschland muss weiter gestärkt werden. Im internationalen Vergleich hat sich diese Ausbildungsform zwischen den Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen bewährt.

## **4.3 Vernetzung Ausbildungssektor**

Die Struktur des Ausbildungssektors muss stark vernetzt sein. Arbeitsämter, Schulen, Ausbildungsbetriebe müssen ein sich ständig im Austausch befindliches Netzwerk bilden, um ausbildungswilligen Schülerinnen und Schülern möglichst effizient eine Ausbildungsstelle bieten zu können.

## **4.4 Universitäten/Hochschulen**

Die meisten deutschen Hochschulen sind bis heute noch immer nicht komplett barrierefrei. Für einen freien Zugang zu Studium, Ausbildung, Forschung und Lehre ist die Barrierefreiheit unabdingbar.

Die Erhebung von Studiengebühren in diversen deutschen Bundesländern hat das Problem einer zu geringen Studentenzahl in Deutschland zusätzlich verschärft. Aus diesem Grund fordert die integ, dass es in Deutschland ein studiengebührenfreies Erststudium gibt. Zudem fordern wir ein elternunabhängiges Studentengeld an den deutschen Hochschulen. Hierdurch würde die Studiendauer verkürzt und mehr junge Menschen zum Studium animiert.

## **4.5 Persönliche Assistenz**

Eine persönliche Assistenz muss für Menschen mit Behinderungen und gesundheitlich eingeschränkte an Universitäten und den Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt werden.

Dies muss gesetzlich verpflichtend sein. Für den Nachteilsausgleich ist eine persönliche Assistenz unabdingbar. Der Staat muss hierfür die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, um die Betriebe und Institutionen zu entlasten. Persönliche Assistenz wirkt integrativ und solidaritätsstiftend. Sie verschafft behinderten Menschen einen Zugang zum Ausbildungsmarkt.

## 5. Arbeit

Die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor stark angespannt. Betroffen von der hohen Arbeitslosigkeit sind in Deutschland neben Langzeitarbeitslosen und älteren Menschen auch besonders stark junge Menschen, die am Anfang ihrer Erwerbskarriere stehen. Menschen mit Behinderungen sind zudem in einem großen Maße vom Lohnerwerb auf dem freien Arbeitsmarkt ausgeschlossen. Verschärfend kommt hinzu, dass viele Erwerbstätige mit ihrem Lohn nicht mehr die Lebenshaltungskosten decken können.

### 5.1 Mindestlohn

Der Arbeitsmarkt muss einen Mindestlohn bieten, der eine ausreichende Sicherung des Lebens gewährleistet. Arbeitnehmer dürfen nicht so wenig Geld verdienen, dass sie zusätzliche soziale Leistungen des Staates in Anspruch nehmen müssen.

### 5.2 Arbeitsassistenz

Die Arbeitsassistenz für behinderte Menschen muss gewährleistet sein, um die Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen. Hierfür hat der Staat die Verantwortung zu tragen, um das Solidaritätssystem zu garantieren.

### 5.3 Werkstätten für Menschen mit Behinderungen

Die integ spricht sich langfristig für einen Verzicht von Werkstätten für Menschen mit Behinderungen (WfbM's) aus. WfbM's tragen nicht zur Integration von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft bei. In WfbM's besteht kein Zugang zu einem heterogenen gesellschaftlichen Umfeld. Sie tragen zur Ausgrenzung von Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft bei.

Zudem fordern wir für die betreuten Mitarbeiter der WfbM's einen Mindestlohn und eine Arbeitnehmervertretung. Die derzeitige Entlohnung lässt eine menschenwürdige Lebensgestaltung nicht zu.

#### **5.4 Arbeitsmarktreform**

Die integ-Jugend spricht sich gegen die Schaffung von € 1 Jobs aus. Hier wird ein zweiter Arbeitsmarkt geschaffen, der von diversen Instanzen ausgenutzt wird, um kostengünstig wirtschaften zu können. Einzig positiver Effekt der € 1 Jobs ist die Rückführung zu einem geregelten Arbeitsablauf. Wir favorisieren gezielte und effektive Fortbildungsangebote.

#### **5.5 Ausgleichsabgabe**

Die andauernde Massenarbeitslosigkeit ist die zentrale soziale Herausforderung für unsere Gesellschaft. Sie kann und muss durch arbeitsmarktpolitische Einflussnahme, besonders durch eine aktive Beschäftigungspolitik auf allen Ebenen überwunden werden. Für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung tragen alle öffentlichen und privaten Arbeitgeber eine besondere Verantwortung. Sie müssen ihrer im Schwerbehindertengesetz festgelegten Beschäftigungspflicht endlich in vollem Umfang nachkommen. Ohne Erfüllung dieser Verpflichtung bleiben alle Maßnahmen der beruflichen und sozialen Integration fragwürdig. Aus diesem Grunde ist die Ausgleichsabgabe für jeden unbesetzten Pflichtplatz auf € 600,00 zu erhöhen.

## 6. Soziale Sicherung

Die sozialen Sicherungssysteme sind in den letzten Jahren von hektischen Reformbemühungen geprägt. Bezeichnend hierbei sind die Halbwertszeiten der einzelnen Reformbemühungen. Die neuen Reformen werden oftmals nach kurzer Zeit von neuen Reformprojekten abgelöst. Nachhaltiges Handeln durch die Politik ist selten zu erkennen. Zudem eskalieren die Kosten der sozialen Sicherungssysteme. Durch Schaffung von Niedriglohnarbeitsplätzen steigen die Transferleistungen des Staates immer stärker an. Zudem werden in diesen prekären Arbeitsverhältnissen keine Sozialversicherungsbeiträge in das Sozialversicherungssystem abgeführt. Verschärft wird die Krise der Sozialversicherungssysteme durch die Tatsache, dass durch Mindereinzahlungen aufgrund von Niedriglohnjobs und Kindererziehung eine verstärkte Altersarmut droht. Zudem kollabieren die Kosten der Krankenversicherungen. In den letzten Jahren ist deswegen eine Tendenz zur Zweiklassenmedizin zu beobachten. Gut Verdienende und Privatversicherte werden durch das Gesundheitssystem bevorzugt behandelt. Ein weiteres Problemfeld im Sozialversicherungssystem bieten die Pflegekassen. Sie sind hoch defizitär. Hierzu trägt auch der demografische Wandel in der Bundesrepublik bei. Die Pflege in Deutschland ist dringend reformbedürftig, um pflegebedürftigen Menschen ein würdiges Leben zu bieten.

### 6.1 Krankenversicherungssysteme

Die integ fordert, dass alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland den besten Krankenversicherungsschutz für sich in Anspruch nehmen können. Wir verurteilen eine Zweiklassenmedizin und fordern eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger der Bundesrepublik einzuzahlen haben.

Wir fordern, die Zuzahlungsregelungen nicht weiter auszudehnen und zu entbürokratisieren. Wir verlangen eine Rückkehr zu einem vollen paritätischen Krankenversicherungssystem.

## 6.2 Rentenversicherung

Um einer drohenden Altersarmut vieler Menschen entgegenzuwirken, fordern wir den Staat auf, eine gerechte Altersfinanzierung aller Menschen zu gewährleisten. Dies trifft vor allem auf Menschen zu, die in ihrer Arbeitsbiografie gering einkünftig sind und waren, aber trotz dessen auf eine lange Zeit des Einzahlens in die Rentenkasse blicken können. Zukünftig fordern wir die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung.

Die gesetzliche Rentenversicherung muss zu einer Erwerbstätigenversicherung fortentwickelt werden. Denn die von einer durchgehenden sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung geprägten Erwerbsbiographien sind seit Jahren auf dem Rückzug. Stattdessen nimmt die Zahl der Erwerbstätigen zu, die infolge einer sozialversicherungsfreien Selbständigkeit oder einer prekären Beschäftigung (z.B. Mini- oder Ein-Euro-Job) Lücken in ihren Erwerbsverläufen aufweisen und damit einer besonderen Gefahr von Altersarmut ausgesetzt sind. Um diesem wachsenden Schutzbedürfnis Rechnung zu tragen, müssen in einem ersten Schritt alle Erwerbstätigen ohne obligatorische Alterssicherung in die solidarische Rentenversicherung einbezogen werden. Ferner muss geprüft werden, wann in einem zweiten Schritt auch die anderen Erwerbstätigen (z.B. Politiker, Beamte und Berufsständler) unter Wahrung verfassungsrechtlicher Vorgaben zur Stärkung der Solidargemeinschaft in die Erwerbstätigenversicherung einbezogen werden.

## 6.3 Pflegeversicherung

Die Integ fordert eine menschenwürdige Pflege mit hohen Qualitätsstandards. Dabei ist die häusliche Pflege einer stationären Unterbringung vorzuziehen. In der Regel möchten pflegebedürftige Menschen in ihrem gewohnten häuslichen Umfeld ihren Lebensalltag verbringen. Die unterschiedlichen Pflegeinstanzen müssen stärker miteinander vernetzt werden.

Hierdurch kann eine patientennahe Qualitätssteigerung erreicht werden. Zudem muss eine psychologische und pflegebegleitende Unterstützung für pflegende Angehörige geschaffen werden, um sie von der starken Belastung zu entlasten.

#### **6.4 Unfallversicherung**

Die Unfallversicherung muss in ihrer heutigen Funktion und Ausgestaltung erhalten bleiben. Privatisierungstendenzen in der gesetzlichen Unfallversicherung werden von uns strikt abgelehnt.

## 7. Jugendhilfe

Jugendhilfeeinrichtungen in Deutschland sind einem ständigen Sparzwang der Kommunen, der Länder und des Staates unterworfen. Eine nachhaltige, zukunftsgerichtete Arbeit ist unter dieser Voraussetzung nur bedingt möglich. Auf intensive Problemlagen im Jugendsektor wird in der Regel nur nach medienwirksamen Problemlagen eingegangen. Die Jugendlichen werden in ihren umfangreichen Problemlagen unter diesen Voraussetzungen von der Jugendhilfe und den Einrichtungen oftmals alleine gelassen. Zusätzlich fehlt es den Einrichtungen der Jugendhilfe sehr oft an einer effektiven Vernetzung. Hierdurch werden sich andeutende Problemlagen zum Teil gar nicht oder zu spät wahrgenommen und erkannt.

### 7.1 Lokale Vernetzung und Ausstattung

Die finanziellen Probleme der jeweiligen öffentlichen Haushalte dürfen nicht auf Kosten der Heranwachsenden ausgetragen werden. Die Einrichtungen und Behörden haben über eine gute finanzielle und personelle Ausstattung zu verfügen, die es ihnen ermöglicht, effektiv und zeitnah auf Problemsituationen der Heranwachsenden zu reagieren. Sie haben strikt barrierefrei gestaltet zu sein. Zudem muss eine zukunftsgerichtete Jugendarbeit gewährleistet sein. Hierzu trägt eine leistungsfähige Vernetzung der unterschiedlichen Instanzen der Jugendhilfe bei. Jugendeinrichtungen vor Ort müssen mit allen Trägern, Ämtern, Schulen usw. für einen ständigen Austausch vernetzt sein. Eine gute Vernetzung besitzt immer auch eine prophylaktische Wirkung. Aus diesem Grund soll es zu regelmäßigen Treffen der unterschiedlichen Jugendhilfeeinstanzen kommen.

### 7.2 Interkulturalität

Die Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund muss in den Jugendhilfeeinrichtungen, Schulen und Ämtern verstärkt gefördert werden. Dies stärkt den Zusam-

menhalt der Gesellschaft. Eine gute Jugendarbeit für ausländische und deutsche Jugendliche kann ein Aufflammen von Feindseligkeiten untereinander verhindern.

### **7.3 Freizeit/Reisen**

Reisen für junge Menschen sollen von den Veranstaltern integrativ und interkulturell gestaltet werden. Hierdurch können Vorurteile untereinander abgebaut und Verständnis geschaffen werden. Selbstverständlich müssen die Voraussetzungen barrierefrei gegeben sein.

## 8. Barrierefreiheit

Die integ-Jugend im Sozialverband setzt sich für eine barrierefreie Umwelt ein, die es auch Menschen mit Behinderungen ermöglicht, gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Die barrierefreie Gestaltung der Umwelt ist wesentliche Bedingung der sozialen Integration bzw. Inklusion und eigenständigen Lebensführung von Menschen mit Behinderungen. Eine barrierefreie Umwelt nutzt allen Menschen in ihrem täglichen Handeln.

### 8.1 Verkehr

Verkehrsmittel und Verkehrsanlagen sind barrierefrei aus- und umzubauen. Menschen mit Seh- bzw. Hörbehinderungen ist die gefahrlose Teilnahme am öffentlichen Personen- und Straßenverkehr durch akustische, optische und taktile Orientierungshilfen zu ermöglichen. Der öffentliche Personennahverkehr ist auf der Basis des Niederflurkonzepts weiterzuentwickeln und auszubauen.

Die integ fordert die Deutsche Bahn auf, sämtliche Bahnhöfe barrierefrei zu gestalten, so dass diese uneingeschränkt von Menschen mit Behinderungen genutzt werden können. Nur durch diese Umsetzung ist es jedem Menschen mit Behinderung möglich die preisgünstigste Zugverbindung zu wählen. Solange diese Wahl der Zugverbindungen nicht gegeben ist, fordert die integ Vergünstigungen für mobilitätsbehinderte Reisende.

### 8.2 Medien

Für Menschen mit Sinnesbehinderungen erfolgt der Informationsfluss oftmals über das Medium Fernsehen. Die Fernsehprogramme müssen aus diesem Grund obligatorisch mit Untertitel bzw. einem Gebärdendolmetscher ausgestattet sein.

Dem Internet kommt eine ähnliche Bedeutung wie dem Fernsehen als Informationsmedium zu. Auch hier müssen die einzelnen Internetauftritte barrierefrei durch Seiten mit einer großen Schrift sowie einer Audiosprachübersetzung gestaltet sein.

### **8.3 Wohnen**

Für mobilitätsbeschränkte Menschen ist das Finden einer entsprechenden, barrierefreien Wohnung immer noch mit erheblichem Aufwand verbunden. Wir fordern, dass Neubauten obligatorisch behindertengerecht errichtet werden müssen. Zudem soll der Denkmalschutz nicht im Widerspruch zu einer barrierefreien Nutzung stehen. Denkmalschutz hat Barrierefreiheit zu gewährleisten.

## 9. Zukunft

Die Zukunft ist durch vielfache Herausforderungen bestimmt: Die Umweltprobleme werden aller Voraussicht nach in einen eklatanten Klimawandel mit weitreichenden Folgen münden, wenn es nicht zu sofortigen Aktivitäten zur Vermeidung weiterer bzw. bestehender klimaverändernden Verschmutzungen kommt. Auch das rasante Bevölkerungswachstum mit allen einhergehenden Problemen wie Ressourcenmangel, Armut, Hunger und Durst wird ein wichtiges zu bewältigendes Problem der Zukunft sein. Hiervon künden schon heute die großen Flüchtlingsströme aus den armen Regionen der Erde.

### 9.1 Umwelt

Die aktuellen Entwicklungen zwingen die Menschheit zur wohl größten Herausforderung seit Jahrhunderten. Der Umbau der weltweiten Wirtschaft auf umweltverträgliche Produktionsweisen wird massive Forschungsressourcen benötigen. Der Nichtumbau wird mit Geldmitteln nicht zu bezahlen sein.

Deutschland muss seine Bemühungen weiter forcieren. Mit dem Atomausstieg und den Umbau der Energieversorgung auf alternative Energien haben wir bereits wichtige Schritte eingeleitet. Wir fordern, weiter auf umweltverträgliche und –schonende Energien zu setzen. Mit einer nachhaltigen Energie-, Industrie- und Umweltpolitik kann es der Menschheit gelingen die eklatantesten Auswirkungen des Klimawandels in erträglichen Bahnen zu halten. Die einzuleitenden Maßnahmen haben kurzfristig, also ab sofort, zu erfolgen.

### 9.2 Frieden

Der Sozialverband Deutschland ist als Kriegsopferverband mit den Auswirkungen zweier großer Weltkriege konfrontiert worden. In vielen Regionen der Erde gibt und kommt es immer noch zu menschenverachtenden kriegerischen Handlungen.

Als Jugendorganisation des Sozialverbandes verurteilen wir aggressive Kriegsaktivitäten weltweit. Die Staatengemeinschaft hat diesen weltweit entgegenzutreten. Hier ist neben der Staatengemeinschaft vor allem ein konsequentes Handeln der Vereinten Nationen einzufordern.

### **9.3 Entwicklungshilfe**

Die integ-Jugend positioniert sich zustimmend zu effektiven Instrumenten der Entwicklungshilfe. Wir wollen, dass diese so zielgerichtet wie irgend möglich gestaltet werden. Entwicklungshilfe darf aber keine Abhängigkeiten schaffen. Sie soll lokale Energien und Märkte vor Ort unterstützen. Wir gehen davon aus, dass die Menschen in den Entwicklungsländern genügend Energie und Ideen haben. Unsere Aufgabe muss die Unterstützung dieser sein. Wir wollen die Hilfe nicht mit politischen Forderungen verbinden, doch ist eine Vergabe nur unter Wahrung der Menschenrechte möglich. Auf der anderen Seite müssen die westlichen Nationen ihre Subventionen und Handelsschranken abbauen. Nur auf dieser Basis kann ein fairer Weltmarkt geschaffen werden.

### **9.4 Europa**

Europa hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg und vielen Millionen Opfern sukzessive für die europäische Einigung entschieden. Gegenwärtig sind 27 Staaten in der Europäischen Gemeinschaft vereinigt. Trotz der politischen Schwierigkeiten, die so ein gewaltiger Einigungsprozess birgt, unterstützt die integ-Jugend die europäische Idee aus voller Überzeugung. Der Zusammenschluss vieler Nationen in einem Staatenbund bietet die Chance langfristig Frieden und Wohlstand in Europa zu erreichen und zu sichern. Eine Einigung hilft Vorurteile und Ressentiments untereinander abzubauen. Trotz allem gibt es in Europa immer noch Defizite im Bereich der Integration und Mitbestimmung.

Wir fordern eine gemeinsame Verfassung auf der Grundlage der UN-Konvention für behinderte Menschen. Wir befürworten auch die Wirtschafts- und Währungsunion und fordern im nächsten Schritt eine Sozialunion mit gleichen sozial- und arbeitsrechtlichen Standards europaweit. Wir fordern Behindertenbeauftragte in allen europäischen Behörden.

### **9.5 Bürgerbeteiligung**

Nur eine frühe Einbeziehung der Interessengruppen verhindert Fehlplanungen und Geldverschwendungen der öffentlichen Haushalte. Wir fordern daher die Vertreter der Kommunen, Länder, des Bundes und der EU auf, schon früh auf die Zielgruppen zuzugehen und ihr geistiges Kapital zu nutzen.

Wir möchten die bestehenden Richtlinien für Volksbegehren verbessert und damit vereinfacht wissen. Wir fordern Plebiszite auch auf Bundesebene. Durch Mitbestimmung der Bürger kann der Politikentfremdung vieler Menschen entgegengetreten werden.

## **Publikationen des Sozialverband Deutschland (Auswahl)**

### **Informationsbroschüren über den SoVD**

- Für Soziale Gerechtigkeit - der SoVD stellt sich vor
- Sozialpolitisches Programm
- Frauenpolitisches Programm
- Jugendpolitisches Programm

### **Rente**

- 10 Forderungen des SoVD zur Verhinderung von Altersarmut
- Ratgeber: Die Grundsicherung - Ihr gutes Recht
- Erwerbstätigenversicherung: Rente mit Zukunft  
Gemeinsames Konzept des SoVD, DGB und der Volkssolidarität

### **Gesundheit**

- Ratgeber: Gesundheitsreform 2007 - Erste Informationen und Tipps für Versicherte und Patienten
- Ratgeber: Praxisgebühr und Zuzahlungen - Informationen und Tipps für gesetzlich Krankenversicherte
- Ratgeber: Patientenverfügung

### **Pflege**

- Für eine würdevolle Pflege - Positionen des SoVD zur Reform der Pflege
- 12 Forderungen für eine würdevolle Pflege

**Faltblätter**

- Checkliste für den Krankenhausaufenthalt
- Ihre Rechte als Patient
- So wird's günstig - Viele Vorteile durch Mitgliedschaft im Sozialverband

**Bitte senden Sie Ihre Bestellung an:**

Sozialverband Deutschland e.V., Versand, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin  
oder per E-Mail an: [materialbestellung@sovd.de](mailto:materialbestellung@sovd.de)

Weitere Informationen zu Inhalt und Versand der Publikationen erhalten Sie  
auf unserer Homepage unter **[www.sovd.de](http://www.sovd.de)**

Stand Januar 2008

## Adressen

### Bundesverband

#### Sozialverband Deutschland e.V.

Stralauer Straße 63  
10179 Berlin

Tel. (030) 72 62 22-0  
Fax (030) 72 62 22-311  
contact@sovd.de

[www.sovd.de](http://www.sovd.de)

### Landesgeschäftsstellen

#### Baden - Württemberg

Mundenheimer Str. 11  
68199 Mannheim  
Tel. 06 21 / 841 41 72  
Fax 06 21 / 841 41 73  
sovd-bw@t-online.de

#### Bayern

Thalkirchner Str. 76/II  
80337 München  
Tel. 0 89 / 53 07 50 80  
Fax 0 89 / 54 37 91 06  
info@sovd-by.de

#### Berlin - Brandenburg

Kurfürstenstraße 131  
10785 Berlin  
Tel. 0 30 / 2 63 938-0  
Fax 0 30 / 2 63 938-29  
contact@sovd-bbg.de

**Bremen**

Ellhornstraße 35-37  
28195 Bremen  
Tel. 04 21 / 16 38 49-0  
Fax 0421 / 1 39 78  
info@sovd-hb.de

**Hamburg**

Pestalozzistraße 38  
22305 Hamburg  
Tel. 0 40 / 61 16 07-0  
Fax 040 / 61 16 07 50  
Postanschrift:  
Postfach 60 64 26  
22256 Hamburg  
info@sovd-hh.de

**Hessen**

Willy-Brandt-Allee 6  
65197 Wiesbaden  
Tel. 06 11 / 8 51 08  
Fax 06 11 / 8 50 43  
info@sovd-he.de

**Mecklenburg-Vorpommern**

Henrik-Ibsen-Str. 20  
18106 Rostock  
Tel. 03 81 / 76 01 09-0  
Fax 03 81 / 76 01 09-20  
info@sovd-mv.de

**Niedersachsen**

Herschelstraße 31  
30159 Hannover  
Tel. 05 11 / 7 01 48-0  
Fax 05 11 / 7 01 48-70  
info@sovd-nds.de

**Nordrhein - Westfalen**

Erkrather Str. 343  
40231 Düsseldorf  
Tel. 02 11 / 38 60 3-0  
Fax 02 11 / 38 21 75  
info@sovd-nrw.de

### **Rheinland-Pfalz / Saarland**

Pfründner Straße 11  
67659 Kaiserslautern  
Tel. 06 31 / 7 36 57  
Fax 06 31 / 7 93 48  
sovd-rheinland-pfalz-saarland  
@t-online.de

### **Sachsen**

Annaberger Str. 166  
09120 Chemnitz  
Tel. 03 71 / 2 80 40 00  
Fax 03 71 / 5 20 27 91  
info@sovd-sa.de

### **Sachsen - Anhalt**

Moritzstraße 2 F  
39124 Magdeburg  
Tel. 03 91 / 2 53 88 97  
Fax 03 91 / 2 53 88 98  
info@sovd-sa-anh.de

### **Schleswig - Holstein**

Muhliusstraße 87  
24103 Kiel  
Tel. 04 31 / 98 38 80  
Fax 04 31 / 98 388-10  
info@sovd-sh.de

### **Thüringen**

Ammertalweg 29  
99086 Erfurt  
Tel. 03 61 / 7 31 69 48  
Fax 03 61 / 7 31 69 48/49  
info@sovd-thue.de

## Werden Sie Mitglied!

### **Der SoVD hilft seinen Mitgliedern**

durch ein flächendeckendes Beratungsangebot für alle sozialen Fragen. Wir beraten unsere Mitglieder in Fragen der gesetzlichen Renten-, Kranken-, Unfall-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung sowie in Fragen des Behindertenrechts, der Grundsicherung, des Arbeitslosengeldes II und der Sozialhilfe.\*

Wir helfen Ihnen bei der Antragstellung und Durchsetzung Ihrer Ansprüche. Dabei vertreten wir unsere Mitglieder in Widerspruchsverfahren sowie in Klageverfahren vor den Sozialgerichten.\*

### **Der SoVD informiert seine Mitglieder**

über alle gesetzlichen Neuregelungen. Unsere Ratgeberbroschüren helfen Ihnen, Ihre Ansprüche geltend zu machen. Außerdem erhalten Sie die monatlich erscheinende SoVD-Mitgliederzeitung. Über die neusten Entwicklungen informieren wir Sie auf unserer Internetseite [www.sovd.de](http://www.sovd.de).

### **Der SoVD bietet seinen Mitgliedern**

Erholung, Gruppenreisen und Freizeitaktivitäten. In den Erholungszentren des Verbandes können Sie preisgünstig übernachten. Hier können Sie Ihren Urlaub genießen, eine Kur machen oder einfach mal den Alltag hinter sich lassen. Die Erholungszentren befinden sich in attraktiver, ruhiger Lage: im Nordseebad Büsum sowie im Kurort Brilon im Sauerland. Im behindertengerecht ausgestatteten Hotel Mondial in Berlin und im Vital Hotel Schützenhaus im Kurort Bad Sachsa gibt es für Mitglieder preiswerte Angebote.

### **Als Mitglied erhalten Sie die SoVD-Card.**

Damit haben Sie ermäßigten Eintritt in zahlreichen Freizeitparks sowie Rabatte bei unseren Kooperationspartnern.

### **Sie werden sehen: eine Mitgliedschaft im SoVD lohnt sich!**

\* unter Beachtung des § 53 AO

## Beitrittserklärung

|                  |                         |
|------------------|-------------------------|
| Name             | Vorname                 |
| Straße           | PLZ, Ort                |
| Telefon          | E-Mail                  |
| Geburtsdatum     | Eintritt in den SoVD am |
| SoVD Ortsverband | Dat. / Unterschr.       |

### Stellen Sie mir bitte die Mitgliederzeitung zu, durch:

- Ortsverband  Postversand

- Der Monatsbeitrag:**  Einzelbetrag 5,00 €  Partnerbeitrag 7,15 €  
 Familienbeitrag 9,00 €

Der Mitgliedsbeitrag ist steuerlich absetzbar. Die Kündigung der Mitgliedschaft ist nur mit einer Frist von drei Monaten zum Schluss eines Kalenderjahres möglich.

### Bitte ausfüllen bei Partner- oder Familienbeitrag:

**Name und Geburtsdatum**

1

2

3

4

**Sozialverband Deutschland e.V.**

Bundesgeschäftsstelle  
Stralauer Straße 63  
10179 Berlin

per Post senden

oder unter (030) 72 62 22 - 311 faxen

**Der Sozialverband Deutschland**

hat für seine Mitglieder einen Gruppenversicherungsvertrag abgeschlossen.

Um Vergünstigungen des Gruppenversicherungsvertrages zu erhalten, bin ich damit einverstanden, dass hierfür mein Name, mein Geburtsjahr und die Anschrift an den Versicherer weitergegeben werden.

ja  nein

**Ich bin damit einverstanden,**

dass mein Name, Geburts- und Eintrittsdatum in Publikationen des SoVD aus Anlass meines Geburtstages und der Dauer meiner Mitgliedschaft veröffentlicht werden.

ja  nein

**Einzugsermächtigung:**

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass der Sozialverband Deutschland die laufenden Beiträge an dem jeweiligen Fälligkeitstermin zu Lasten meines Kontos bis auf Widerruf abbucht.

**Abruf:**  1/4 jährlich  1/2 jährlich  jährlich

|              |                   |
|--------------|-------------------|
| ab           | Kontoinhaber/-in  |
| Konto        | BLZ               |
| Geldinstitut | Dat. / Unterschr. |

**Herausgeber**

integ-Jugend

im Sozialverband Deutschland e.V.

Stralauer Straße 63

10179 Berlin

Tel. (030) 72 62 22 - 0

Fax (030) 72 62 22 - 311

[contact@sovd.de](mailto:contact@sovd.de)

[www.sovd.de](http://www.sovd.de)

**Titelfoto:**

Martin Hochrein - [www.photocase.com](http://www.photocase.com)

**Druck**

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG

